

Deeskalation jetzt!

Diplomatie und Verhandlungen statt Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg

Der Ukraine-Krieg eskaliert immer weiter. Washington rief Minister aus 40 Ländern zu einem Kriegsrat auf ihrer Air Base Ramstein der Pfalz zusammen, um die Verbündeten zu noch stärkerer militärischer Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte zu drängen. Die NATO-Führungsmacht ließ dabei keinen Zweifel daran, dass ihr Ziel keinesfalls ein rasches Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine ist, sondern die Niederwerfung Russlands.

Auch die deutsche Regierung ließ sich nun zur Lieferung von schweren Waffen an die ukrainische Armee verpflichten. Eine ganz große Kriegskoalition im Bundestag hat dies umgehend, zusammen mit einem gigantischen Aufrüstungsprogramm, abgesegnet – nur 3 Tage nachdem Kanzler Scholz seine Befürchtung geäußert hatte, schwere Waffen würden die Gefahr eines dritten Weltkrieges erhöhen.

Damit wird auch Deutschland eindeutig zur Kriegspartei. 81 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg werden wieder deutsche Panzer russischen gegenüberstehen. Angesichts der Kriegshysterie sehen viele schon Parallelen zu 1914.

Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen haben wir stets verurteilt und **wie** wir gegen **die** zahlreiche **Kriege des Westens** in Jugoslawien, Afghanistan, im Irak, in Libyen, Syrien und Mali auf der Straße gingen, **verurteilen wir auch den Einmarsch Russlands in der Ukraine.**

Gleichzeitig vergessen wir nicht, dass die NATO mit ihrer expansiven und konfrontativen Politik den Konflikt mit Russland immer mehr zuspitzte und alle Warnungen in den Wind schlug. Angesichts der strikten Weigerung der USA, trotz erkennbarer Gefahr eines Krieges, über die letzten, im Dezember vorgelegten russischen Vorschläge auch nur zu verhandeln, liegt der Verdacht nahe, dass diese Option der US-Regierung nicht ungelegen war.

Gefahr eines großen Krieges

Der russische Einmarsch brachte die einheitliche Front gegen Russland, die Washington seit langem anstrebt. Mit der Lieferung von Waffen sind Deutschland und seine NATO-Verbündeten recht schnell in den Krieg eingetreten. Doch Waffen führen nur zu dessen Verlängerung, zu mehr Opfern und zu größeren Zerstörungen. Der gleichzeitig entfesselte Wirtschaftskrieg gegen Russland, mit dem erklärten Ziel das Land „zu ruinieren“, gefährdet nicht nur unmittelbar die Versorgung der Menschen in Russland, sondern auch die der armen Länder in der ganzen Welt.

Die Ukraine kann militärisch nicht gewinnen, sie kann aber evtl. Russland in einen längeren zermürbenden Krieg verwickeln, so das Kalkül der NATO-Falken, die auf Afghanistan verweisen – für die Ukraine, wie auch für das übrige Europa, ein Horror-szenario. Je länger der Krieg dauert, wären wir zudem mit der wachsenden Gefahr einer Ausweitung des Krieges konfrontiert, hin zu einer nicht mehr kontrollierbaren Eskalation, bei der sich Atommächte gegenüber stehen.

Wir fordern daher alle an diesem Krieg Beteiligten dringend auf, nicht weiter zu eskalieren, sondern

sich endlich ernsthaft um einem raschen Waffenstillstand-zu bemühen und dazu in substantielle Verhandlungen einzutreten, statt auf einen militärischen Erfolg zu setzen.

Der Krieg begann nicht erst am 24. Februar

In den letzten acht Jahren vor dem russischen Einmarsch hat die Auseinandersetzung innerhalb der Ukraine um Luhansk und Donezk bereits mehr als 14.000 Tote gefordert.

Obwohl die ukrainische Regierung das Abkommen Minsk II unterschrieben hatte, boykottierte sie die Umsetzung – mit westlicher Duldung und Unterstützung. Zudem wurden nationalistische, teilweise faschistische Kräfte in der Ukraine vom Westen unterstützt. In westlichen Medien wurde dies völlig ausgeblendet. Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine wurde der Krieg nun auf das ganze Land ausgeweitet.

Deeskalation statt Konfrontation

Die Kündigung vieler wichtiger Rüstungskontrollverträge durch die USA, die kontinuierliche NATO-Osterweiterung und die forcierte NATO-Aufrüstung, die mediale Hetze gegen Russland und China haben zur Eskalation beigetragen und Russland bedroht: Die NATO-Staaten und ihre Verbündeten sind für 2/3 der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich, während der russische Anteil bei 3,3 Prozent liegt und der chinesische bei 10,6 Prozent. Die diversen russischen Verhandlungsangebote an die NATO und die USA wurden nie ernsthaft aufgegriffen. Doch eine Rückkehr zur Entspannungspolitik unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Konfliktparteien ist alternativlos!

Angesichts gigantischer globaler Probleme – Hunger und Elend, Erderwärmung und Artensterben, Verseuchung von Böden, Flüssen und Meeren – sind Krieg und Aufrüstung unverantwortlich! Ohne internationale Zusammenarbeit sind globale Umweltprobleme nicht zu lösen. Nur durch gemeinsame Anstrengungen und

die Aufwendung aller zur Verfügung stehenden Mittel wird es möglich sein, mit den absehbaren Katastrophen umzugehen.

Für eine neutrale Ukraine.

Wenn die Ursachen des Krieges berücksichtigt werden, liegen die zentralen Punkte über die ein Waffenstillstand und eine politische Lösung des Konfliktes erreichbar wären, auf der Hand.

So bitter dies nun, angesichts völkerrechtswidriger Gewalt, sein mag, müsste sich die Ukraine gegen vertraglich vereinbarte Sicherheitsgarantien zur Neutralität verpflichten. Dies wäre ohnehin im Interesse aller, die Frieden in Europa anstreben. Kiew müsste zudem die Abspaltung der Krim, die unstrittig dem Willen der Mehrheit ihrer Bevölkerung entspricht, akzeptieren und Referenden über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken zulassen bzw. die Umsetzung von Minsk II zusichern.

Wenn die USA, NATO und EU sich zudem verpflichten würden, die Ukraine nicht mehr in ihre Militärstrukturen einzubinden und gegen Russland in Stellung zu bringen, wäre ein Waffenstillstand wahrscheinlich rasch erreichbar.

Mit einer Rückkehr zu Rüstungskontrollverhandlungen, wie sie zu Beginn der 1990er Jahre in Europa eingeleitet wurden, bestünde die Möglichkeit weitgehender Abrüstung bis hin zu einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit aller Seiten. Wir brauchen ein Europa der gemeinsamen Sicherheit, wie es nach dem Ende des Kalten Krieges angestrebt wurde, bevor die USA die NATO-Osterweiterung einleiteten.

Nein zu Wirtschaftsblockaden

Mit den Embargomaßnahmen von beispiellosem Umfang, die die NATO-Staaten und ihrer engsten Verbündeten gegen Russland verhängten, wird internationales Recht weiter beschädigt.

Die meisten nichtwestlichen Staaten verurteilen zwar den russischen Einmarsch in der Ukraine, lehnen diesen Wirtschaftskrieg aber entschieden ab. Sie verweisen auf die Kriege und eklatante Völkerrechtsverletzungen der USA und NATO, die zuvor noch nie zu solchen Reaktionen führten.

Umfassende Wirtschaftsblockaden treffen immer zu allererst die ärmeren Bevölkerungsschichten, aktuell nicht nur die in Russland, sondern in der ganze Welt. Sie haben noch nie einen Krieg beendet, aber schon Zig Millionen Menschen in vielen Ländern ins Elend gestürzt.

Während Rüstungskonzerne und westliche Lieferanten fossiler Energie Milliardenengeschäfte machen, werden die Kosten den einfachen Menschen aufgebürdet, die mit erheblichen Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie fertig werden müssen.

Nein zu rot-gelb-grünen Großmachtspielen.

Das von der Koalition unter Olaf Scholz eingeleitete gigantische Aufrüstungsprogramm und der Ruf nach Atomwaffen für die EU gießen weiter Öl ins Feuer. Mit einem „Sondervermögen“ von hundert Milliarden für die Bundeswehr und die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für „Verteidigung“ baut Deutschland

seine Militärmacht aus, mit der es schon an zahlreichen Kriegen beteiligt war und ist. Erinnert sei an den Krieg in Afghanistan, deutsche Tornados in Syrien und den Einsatz in Mali. Saudi-Arabien und die Türkei, die im Jemen und in Nordsyrien Krieg gegen ihre Nachbarn führen, werden mit deutschen Waffen beliefert. .

Mit medialem Trommelfeuer wird jetzt der Krieg in der Ukraine genutzt, um jede Opposition gegen Aufrüstung und Krieg zum Schweigen zu bringen. Man ist erinnert an den Beginn des ersten Weltkriegs oder die heißesten Phasen des Kalten Krieges: Bedingungslose Zustimmung wird zur ersten Bürgerpflicht. Das politische Klima wird vergiftet und nach rechts verschoben.

Viele merken offenbar selbst nicht, wie widersprüchlich ihre Propaganda ist. So soll die Bereitstellung alter NATO-Panzer die ukrainischen Streitkräfte befähigen können, die russische Armee zu besiegen. Gleichzeitig soll diese jedoch eine derart gewaltige Bedrohung für die NATO-Staaten darstellen, dass sie ihre Rüstungsausgaben vom 19fachen auf das 25fache der russischen steigern müssen.

Deutschland macht sich zum Vasallen der USA und will als Mittelmacht auch militärisch eine größere Rolle spielen. Mit dem Kauf amerikanischer Kampfflugzeuge zum Transport von US-Atomwaffen im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe und der Zustimmung zur Stationierung modernisierter US-Atombomben auf deutschem Boden macht die Bundesregierung die Bevölkerung Deutschlands zur Geisel amerikanischer Politik. Deutschland bleibt damit potentiell Schlachtfeld eines Atomkriegs.

Selbstverständlich verlangen wir von Moskau den Stopp des Krieges, Einfluss können wir jedoch nur auf die eigene Regierung haben:

Daher fordern wir von der Bundesregierung:

- Keine Waffenlieferungen an die Ukraine oder andere Konfliktparteien
- Ernsthaftes Engagement für eine Deeskalation – unilateral sowie in der EU und NATO
- Keine Beteiligung an Wirtschaftsblockaden, die der Bevölkerung schaden – Ausstieg aus dem Wirtschaftskrieg gegen Russland
- Flüchtende und Deserteure ungeachtet ihrer Herkunft aufzunehmen
- statt horrender Summen für Waffen und Militär, mehr Geld für Bildung, Gesundheit, Klima und ein solidarisches Sozialsystem
- Rückzug der Bundeswehr aus Osteuropa
- Bemühungen um die Wiederaufnahme von umfassenden Rüstungskontrollverhandlungen. – gemeinsame Sicherheit statt NATO
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags, Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, Ende der nuklearen Teilhabe

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Infos und Kontakt:

www.antikriegsforum-heidelberg.de